

Stadtverordnetenfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie CDU
Werner-Senger-Straße 10

65549 Limburg/Lahn

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Michael Köberle
Werner-Senger-Straße 10

65549 Limburg a. d. Lahn

Limburg, 1. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie, den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juli 2016 zu setzen.

Vermarktungsinitiative ICE-Gebiet Limburg anlässlich des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union („Brexit“)

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, Folgendes umzusetzen:

1. Der Magistrat bietet Firmen, die vom Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union betroffen sind, gezielt Grundstücke im ICE-Gebiet oder an anderen geeigneten Standorten in Limburg und Umgebung an.
2. Zu diesem Zweck erstellt der Magistrat, gemeinsam mit einer erfahrenen Agentur, kurzfristig ein Ansprache-, Marketing- und Vermarktungskonzept, um Konzernen und Unternehmen mit Firmensitz in Großbritannien Limburg als attraktiven Standort an der Schnittstelle zwischen den Metropolregionen Frankfurt/Rhein-Main und Rhein-Ruhr anzubieten. Dabei sollen lokale Interessenverbände (z. B. IHK, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung), die umliegenden Städte und Landkreise sowie das hessische Wirtschaftsministerium eingebunden werden.
3. Der Magistrat möge über den Fortgang, die anfallenden Kosten und die Ergebnisse der Vermarktungsoffensive zeitnah und regelmäßig im Ausschuss Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr berichten.
4. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, der städtischen Wirtschaftsförderung (Standort-Marketing) bis zu 100.000 Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Begründung der Dringlichkeit¹

Am 24. Juni 2016 hat die britische Bevölkerung im Rahmen einer Volksabstimmung für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Durch den bevorstehenden Austritt Großbritanniens ergeben sich neue Vermarktungschancen für das Limburger ICE-Gebiet (siehe Begründung des Antrags), die

¹ § 25 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Limburg an der Lahn.

unverzöglich genutzt werden sollten. Es ist deswegen dringend geboten, entsprechende Schritte einzuleiten – und zwar zeitnah und nicht erst nach Ablauf der parlamentarischen Sommerpause.

Begründung des Antrags

Durch den vorgesehenen Austritt Großbritanniens aus der EU werden, neben der Europäischen Bankenaufsicht, wahrscheinlich weitere Banken und Unternehmen ihren Unternehmenssitz in andere EU-Länder verlegen müssen. Der Umzug zum Finanzplatz Frankfurt erscheint dabei als ein logischer Schritt für Banken und Unternehmen aus London. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat in einer Pressekonferenz am 27. Juli 2016 bereits angekündigt, nun verstärkt für den Finanzplatz Frankfurt als Unternehmensstandort werben und schon in der letzten Juniwoche 2016 Gespräche in Berlin und Brüssel führen zu wollen.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird voraussichtlich binnen zweier Jahre erfolgen (Vertrag von Lissabon). Dies setzt Unternehmen mit Firmensitz in Großbritannien bereits jetzt unter ganz erheblichen Zeit- und Entscheidungsdruck, die weiterhin die Standortvorteile des europäischen Binnenmarktes für sich nutzen wollen. Hierzu hat sich besonders auch die Deutsch-Britische Industrie- und Außenhandelskammer entsprechend eingelassen.

Für eine erfolgreiche Vermarktung des ICE-Gebietes an Unternehmen mit derzeitigem Sitz in Großbritannien ist es daher von immenser Bedeutung, schnell zu handeln.

Bisher haben 60 % der außereuropäischen Topunternehmen ihren Europasitz in London (Artikel der Financial Times vom 4. April 2014). Dabei handelt es sich um Unternehmen wie Samsung, Sharp, LG, Starbucks, Chyron, Coca Cola, Microsoft, Continental Airlines, Casio, Omnicom, JP Morgan, Morgan Stanley, Goldman Sachs, Bloomberg, InfinityQS, AstraZeneca oder Apple, um nur einige Beispiele zu nennen. Über diese Topunternehmen hinaus müssen sich auch sehr viele Mittelständler neu orientieren, wollen sie weiterhin an den Vorteilen des Binnenmarktes partizipieren. Den großen und kleinen Unternehmen wiederum folgen Dienstleister wie spezialisierte Anwaltskanzleien und (IT-)Beratungsgesellschaften. Es ist damit zu rechnen, dass Hunderte, wenn nicht Tausende Unternehmen kurzfristig zumindest Teile ihre Aktivitäten in die EU hineinverlegen werden.

Viele dieser Unternehmen werden sich für das Rhein-Main-Gebiet wegen seiner zentralen Lage in Europa, der Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt und der hohen Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Mitarbeitern entscheiden. Das Limburger ICE-Gebiet ist durch seine hervorragende verkehrliche Anbindung nach Frankfurt, die vergleichsweise günstigen Grundstückspreise und die vorgehaltene Infrastruktur ein äußerst attraktiver Standort, der daher zielgerichtet beworben und intensiv vermarktet werden sollte. Für Limburg und besonders das Dienstleistungsgebiet am ICE-Bahnhof Limburg-Süd ergeben sich tagesaktuell große Chancen – wenn jetzt zügig gehandelt wird.

Dr. Sebastian Schaub

Alfred Wirth

Dr. Stefan Schäfer

Dr. Christopher Dietz

B. 90/DIE GRÜNEN

CDU-Fraktion